



Niederschrift

20. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. Januar 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 5 der Tagesordnung: Jahresabschluss 2024

a) Vorlage des Schlussberichts 2024 des Rechnungsprüfungsamts zur Prüfung des Jahresabschlusses 2024 der Stadt Karlsruhe und Erläuterung des Berichts durch den Leiter des Rechnungsprüfungsamts

b) Feststellung des Jahresabschlusses

Vorlage: 2025/1247

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat nimmt den Schlussbericht 2024 des Rechnungsprüfungsamts zur Prüfung des Jahresabschlusses 2024 der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stellt, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, den Jahresabschluss 2024 mit den in dieser Vorlage dargestellten Werten fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (45 Ja)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 13. Januar 2026:

Damit kommen wir zum TOP 5, Jahresabschluss 2024. Einen kleinen Bericht müssen wir noch machen. Herr Bettendorf, Sie haben das Wort.

(Stadtrat Hofmann hebt die gelbe Stimmkarte)

Jetzt hat mich der Herr Hofmann völlig aus dem Konzept gebracht. Herr Bettendorf wird uns noch einmal als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes einen kleinen Überblick über sein Ergebnis der Prüfung führen, und anschließend werden wir dann den Jahresabschluss feststellen. Herr Bettendorf, Sie haben das Wort.

Detlev Bettendorf (Leiter Rechnungsprüfungsamts) – mit Powerpointpräsentation: Ja, vielen Dank auch schon an Herrn Hofmann für die Zustimmung. Er kennt ihn schon, aber es

kennen ihn nicht alle insofern. Ja, ich kann nach zwei Wochen nicht viel Neues berichten. Die Lage ist so, wie sie ist.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Stadtkämmerei hat den Jahresabschluss 2024 am 22. Juli 2025 zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte innerhalb der vorgesehenen Viermonatsfrist. Nachfolgend möchte ich Ihnen die Ergebnisrechnung und die weiter ansteigende städtische Verschuldung näher darlegen. Während im Vorjahr ein Gesamtüberschuss von 20,6 Millionen erzielt werden konnte, war in 2024 ein Gesamtfehlbetrag von minus 28,1 Millionen zu verzeichnen. Dies setzt sich aus dem negativen ordentlichen Ergebnis von minus 34,8 Millionen und einem positiven Sonderergebnis von plus 6,7 Millionen zusammen. Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um minus 16,4 Millionen, insbesondere durch geringere Steuererträge, auf 1.819.000.000 gesunken. Bei den ordentlichen Aufwendungen ist eine deutliche Erhöhung um 84,7 Millionen bzw. 4,8 Prozent auf einen neuen Rekordwert von 1.854.000.000 eingetreten. Für 2024 ist festzuhalten, das Ziel, das das Haushaltsrecht vorgibt, dass die ordentlichen Aufwendungen komplett durch ordentliche Erträge gedeckt werden sollen, konnte leider nicht erreicht werden.

Kommen wir zum Detailvergleich mit den Vorjahreswerten. Auf der Ertragsseite ist als wesentliche Veränderung ein Minus von 70,8 Millionen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben festzustellen. Diese Reduzierung resultiert insbesondere aus den geringeren Gewerbesteuererträgen mit minus 76 Millionen. Auf der Aufwandsseite haben sich die Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 55,7 Millionen auf den Rekordwert von 990 Millionen erhöht. Ursächlich waren hierfür insbesondere die Sozialleistungen, welche um 39,2 Millionen gestiegen sind. Der Anstieg der Personalaufwendungen in Höhe von 25,7 Millionen ist insbesondere durch den mit 24 Monate Laufzeit ausgestatteten tariflichen Abschluss begründet, dessen Erhöhungen überwiegend in 2024 wirksam wurden. Darüber hinaus war in 2024 ein Stellenzuwachs von umgerechnet 63 Vollzeitwerten zu verzeichnen. Nachfolgend haben wir die Entwicklung des ordentlichen Gesamtaufwandes seit 2014 grafisch dargestellt. Innerhalb von zehn Jahren sind die Aufwendungen um ca. 77 Prozent bzw. 809 Millionen gestiegen. Daran erkennt man, dass wir ganz klar ein Ausgabeproblem haben.

Bei den Steuererträgen noch ein Überblick. Diese sind gegenüber dem Vorjahreswert um ca. 72 Millionen bzw. 8,8 Prozent gesunken. Abzuführen war die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 36 Millionen, was letztendlich zu Steuererträgen netto von 709,9 Millionen führte. Anzumerken ist noch, dass nach Abklingen der Corona-Pandemie in 2022 und 2023 die Steuereinnahmen deutlich anstiegen und in 2024 die Steuereinnahmen wieder rückläufig waren. Auf die Darstellung der Finanzrechnung und Bilanz verzichte ich an dieser Stellung, komme gleich zur Übersicht der städtischen Verschuldung, und zwar im Stadthaushalt. Diese Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr lediglich um 53,4 Millionen auf 567 Millionen erhöht. Die reduzierte Neuverschuldung ist darin begründet, da die in 2024 vorgesehenen Darlehensaufnahmen größtenteils ins Frühjahr 2025 verschoben werden konnten. Dies hat für 2025 eine Erhöhung von rund 330 Millionen auf über 900 Millionen Euro zur Folge. Im Vergleich der Kommunalhaushalte der Baden-Württembergischen Stadtkreise hat Karlsruhe auch in 2024 die höchste Verschuldung. Jedoch stellt es nur einen Bruchteil der gesamtstädtischen Verschuldung dar.

Um die sich aus der künftigen Darlehensentwicklung ergebende Belastung für den städtischen Haushalt besser beurteilen zu können, möchte ich auf die nachfolgende Grafik näher eingehen. Hier sehen Sie noch einmal in der unteren Linie die Darstellung der weiteren Verschuldung. Die Werte bis 2024 sind Ist-Werte. Also Basisjahr 2022, da hatten wir 434 Millionen Schulden. Ab 2025 sind es dann Planwerte. Bis 2030 geplant ist eine Gesamtverschuldung von 1,9 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg von 330 Prozent. Darüber sehen Sie in der zweiten Linie die schwarze Linie. Da haben wir noch 2022 einen moderaten Zinsaufwand von 2,8 Millionen gehabt. In 2014, das Berichtsjahr, haben wir 8,4 Millionen. In 2026, in dem Jahr, wo der Haushaltsplan jetzt aufgestellt wurde, mussten wir schon 16,8 Millionen einplanen, also Verdoppelung gegenüber dem heutigen Wert. Und im Jahr 2030 gibt es noch einmal eine weitere Verdopplung beziehungsweise sogar mehr als eine Verdopplung in Höhe von 36,8 Millionen. Und dieser Zinsaufwand ist mit einer Basiszahl von 2,75 Prozent Zinssatz berechnet.

Jetzt noch eine Anmerkung: Man sieht auch 2025 zum Beispiel der Planwert von 8,2 nach dem vorläufigen Wert, Ist-Wert, hatten wir tatsächlich einen Ist-Zinsaufwand von über 12 Millionen. Da sieht man schon, dass auch noch Risiken in dieser Prognose enthalten sein können. Insgesamt möchte ich das nochmals in der nächsten Folie näher darstellen. Sehen Sie noch einmal die 2,8 Millionen, wie sich das Ganze quasi verdreifacht, in 2024 auf 8,4 Millionen im Berichtsjahr, dann verdoppelt auf 16,8 Millionen und letztendlich auf 36,8 Millionen. Also gefühlt kommt eine Zinslawine auf uns zu. Und man muss auch sehen, im Unterschied zum Haushaltsentwurf 2026 ist da noch einmal eine Zusatzbelastung drin von rund 20 Millionen Zinsaufwand. Des Weiteren muss man neben dem Zinsaufwand auch sehen, dass letztendlich Abschreibungen weiter ansteigen werden, weil weiter investiert wird. Und auch hier ist ein entsprechender Anstieg zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2022 sind es rund 20 Millionen, gegenüber 2026, dem Planjahr, das wir zuletzt eingereicht haben beim Regierungspräsidium, haben wir rund 14 Millionen höhere Abschreibungen zu stemmen. Diese höhere Zinsbelastung wirkt sich auch bei der Umschuldung aus oder wird sich auch bei der Umschuldung noch weiterhin auswirken und genauso bei den städtischen Unternehmen. Vor diesem Hintergrund habe ich auch dieses Jahr noch die Gesamtverschuldung dargestellt inklusive der städtischen Unternehmen. Das sieht man auf der nächsten Folie. Und das sind die Werte vom Bundesamt für Statistik, die hinlänglich bekannt sind, und in Baden-Württemberg beziehungsweise wir haben eine Gesamtverschuldung inklusive der städtischen Unternehmen, die allerdings auch Vermögenswerte darstellen, in Höhe von 3,46 Milliarden Euro. Das ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 11.237 Euro. Knapp hinter Ulm stehen wir auf Platz 2 in dem Verschuldungsranking. Bundesweit gibt es bei 103 Stadtkreisen lediglich vier Stadtkreise, die eine höhere Verschuldung haben als wir. Wir sind also auf Platz 5 in diesem Verschuldungsranking. Das muss in der Zukunft dementsprechend gestemmt werden. Natürlich stehen entsprechende Vermögenswerte dagegen, die Substanz haben, aber letztendlich muss man sehen, dass das Ganze halt entsprechend refinanziert werden muss.

Ich komme zu den weiteren Punkten, die wir geprüft haben. Über die Jahresabschlussprüfung hinaus haben wir verschiedene Prüfungen vorgenommen, die alle im Schlussbericht dargestellt sind. Infolge der bautechnischen Prüfung konnten wir im städtischen Haushalt Einsparungen in Höhe von 725.000 Euro erzielen. Nicht zu unterschätzen ist die Prophylaxe-Wirkung durch die Vorlage von Vergaben, Schlussrechnungen und Nachträgen beim Rechnungsprüfungsamt. Die allgemeine Prüfung war sehr intensiv in Projektarbeiten, wie zum Beispiel die Überführung des Bereichs Stadtentwässerung in einen Eigenbetrieb sowie

bei der Einführung neuer finanzwirtschaftlicher Verfahren eingebunden. Ebenso haben wir im Rahmen von Prüfungen der städtischen Unternehmen verschiedene Anregungen sowohl bei der Verbesserung der Ordnungsmäßigkeit als auch der Wirtschaftlichkeit gegeben.

Ich komme abschließend zu unserem Prüfungsergebnis für den Jahresabschluss. Unsere Prüfungsbestätigung für den Jahresabschluss 2024 bescheinigt dem Bürgermeisteramt, den Dienststellen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen insgesamt eine recht- und ordnungsgemäße Abwicklung der Finanzvorfälle. Soweit es Feststellungen gab, mögen diese in Einzelfällen bedeutsam sein. Das grundsätzlich positive Ergebnis der Prüfung muss deswegen jedoch keinesfalls eingeschränkt werden. Das RPA empfiehlt dem Gemeinderat, den Jahresabschluss 2024 gemäß § 95b Abs. 1 Gemeindeordnung festzustellen.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank, Herr Bettendorf, Ihnen ganz persönlich, aber auch dem ganzen Team der Kämmerei und allen, die aus den verschiedenen Finanzbereichen unserer Dienststellen am Ende zu dem Jahresabschluss und zur Prüfung des Jahresabschlusses beigetragen haben. Wir kommen damit in die Debatte.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei Ihnen, Herr Bettendorf, bei Ihrem Team vom Rechnungsprüfungsamt und auch, wie der Oberbürgermeister das getan hat, bei der Kämmerei und bei allen, die mit den Finanzen zu tun hatten, denn die Grundlage, die wir hier haben, eine Rechnungslegung der Stadt, die im Grunde bis auf kleinere Feststellungen ordentlich und gut ist, ist etwas sehr Positives. Wir haben hier eine Faktengrundlage, über die wir beraten können, die ordentlich gemacht ist, wo wir wissen, woran wir sind. Und dass wir ordentliche Fakten haben, ist schon einmal eine Grundlage für gutes Verwaltungshandeln und auch für gute Politik. Das möchte ich voranstellen. Denn dann können wir auch über die Inhalte sprechen, die Sie angesprochen hatten. Wir haben im Jahr 2024 bereits gesehen, wie sich die Finanzen deutlich eingetrübt haben im Vergleich zum Vorjahr 2023. Wir haben ein negatives ordentliches Ergebnis gehabt. Wir haben gesehen, dass die Steuern und ähnlichen Abgaben gesunken sind, nur zum Teil kompensiert wurden durch Zuweisungen und Zuwendungen, aber vor allem auch, dass die Aufwendungen nach oben gegangen sind, sowohl für Personal als auch, was hier als Transferaufwendungen in ihrer Präsentation gezeigt wurde. Und da sind natürlich Leistungen gegangen, die auch wieder aus bundesrechtlich vorgesehenen Verpflichtungen entstanden sind, die unseren kommunalen Haushalt belasten.

Wir haben das im vergangenen halben Jahr sehr intensiv bei den Haushaltsberatungen diskutiert, und wir haben bereits Gegenmaßnahmen auch mit dem Einsparprogramm, mit der Fortsetzung des Einsparprogramms in der vierten Stufe durchgesetzt. Wenn wir sehen, dass die ordentlichen Aufwendungen von 2014 bis 2024 sich beinahe verdoppelt haben, sehen wir, dass natürlich da einerseits Inflation wirksam wird, aber andererseits natürlich auch die Aufgaben der Kommunen gestiegen sind. Also das, was unsere Bürger*innen von unserer Kommune an Dienstleistungen erwarten und dann auch bekommen, fordert höhere Ausgaben, die wir natürlich, weil auch der nächste Doppelhaushalt sicher schwierig werden wird, in die Kritik nehmen müssen und schauen, was wir wirklich leisten können. Die steigenden Kredite und insbesondere auch die steigenden Zinsen sind eine starke Mahnung an uns, dass wir das sehr ernst nehmen und dass wir weiter genau schauen, wie können wir eine lebenswerte Stadt - hier Karlsruhe -, eine soziale Stadt, eine zukunftsgerechte

Stadt erhalten und gleichzeitig die Finanzen im Blick halten. Und das werden wir in den nächsten Jahren in der Gemeinderatsarbeit weiter verfolgen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Herr Bettendorf, auch von meiner Seite aus vielen Dank. Und von meiner Seite aus ist es immer so, Dinge, die man nicht so gerne sieht, wir haben sie schon gesehen. Von daher habe ich vielleicht vorher ein bisschen zu schnell schon abstimmen wollen, aber trotzdem der große Dank an Sie in dem Bereich für die Arbeit.

Aber der Jahresabschluss, der jetzt hier beschlossen wird, der ist korrekt meiner Ansicht nach, wir hätten jetzt nicht unbedingt hier groß noch einmal debattieren müssen. Ich glaube, das haben wir auch im Haushalt gemacht. Ich würde Sie aber trotzdem gern zitieren, denn Sie haben im Endeffekt auch mich aus meiner Haushaltsrede von vor drei Jahren zitiert. Ich habe nämlich gesagt, wir haben ein Ausgabenproblem, wir haben kein Einnahmenproblem. Und das sagen wir schon seit vielen Jahren hier. Und bei aller Liebe, wir haben jetzt einen ersten Schritt gemacht, da bin ich auch sehr dankbar. Das haben wir auch, glaube ich, mit viel Anstrengung gemacht, und es wird auch nicht von heute auf morgen gehen. Deswegen denke ich, war es richtig, was wir jetzt im Dezember gemacht haben, aber es muss auch weitergehen. Und ich bin mir noch nicht ganz sicher, ob wir das alle hier auch verstanden haben.

Ich möchte nur kurz zurückkommen auf den Punkt vorher, uns reicht die Landesbauordnung nicht. Wir müssen noch einen draufsetzen. Wir müssen noch mal Eigenes machen. Ich habe gehört, wir sind Fahrradhauptstadt, also müssen wir es noch einmal besser machen. Und ich glaube, diesen Weg müssen wir irgendwann verlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen uns auf das Notwendige beschränken und müssen vor allem auch gucken, dass wir unseren Haushalt wieder so sattelfest kriegen, dass wir mit dem Einnahmenüberschuss aus dem Ergebnishaushalt auch unseren Finanzhaushalt entsprechend füllen können. Aber eins ist klar, es wird nur immer Schritt für Schritt gehen. Ich möchte jetzt auch gar nicht zu sehr in die Kritik wieder reingehen, aber jetzt muss die Arbeit meiner oder unserer Ansicht nach auch beginnen. Es war ein kleiner Schritt, den wir gemacht haben. Wir haben einen Haushalt, der jetzt hoffentlich genehmigungsfähig ist oder das zumindest schnellstmöglich zu bekommen, aber der hat immerhin noch ein Defizit von 44, 45 Millionen. Das ist sicherlich keine Glanzleistung. Also sollten wir uns dessen bewusst sein, und es muss weitergehen. Und diese Zeichen, die haben Sie uns eben auch noch einmal ganz klar gezeigt mit dem Jahresabschluss 2024. Von daher bin ich dankbar noch einmal, insbesondere, wenn wir auch diese hohen Zinsbelastungen sehen, die wir schon jetzt mitschleifen werden, muss uns auch zum Einhalt im Bereich des Finanzhaushaltes gebieten. Von daher von unserer Seite aus noch einmal vielen Dank und auf ein Neues.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Lieber Herr Bettendorf, auch von uns ein ganz herzliches Dankeschön von der SPD-Fraktion an Sie, an Ihre Kolleginnen und Kollegen, aber auch an die vielen Mitarbeitenden in den Dienststellen, die auch alle dann immer in gewisser Aufruhr sind, wenn es um Rechnungsabschlüsse geht, die auch immer ihre Dienststellenrechnungsabschlüsse machen müssen. Dieser Rechnungsabschluss zeigt auf ziemlich schonungslose Art und Weise, in welcher Geißel wir uns auch ein Stück weit als Kommune befinden. Und da sind wir, glaube ich, nur eine von vielen Kommunen, denen es so geht, denn wir dürfen eins nicht vergessen, und da widerspreche ich meinem Vorredner ein kleines bisschen, das war jetzt nicht der erste Schritt, den wir gemacht haben, sondern es war insgesamt der vierte Schritt, den wir gemacht haben. Wir haben jetzt insgesamt 310 Millionen Euro

eingespart in den letzten Jahren. 310 Millionen Euro, das sind 17, 18 Prozent unseres Ergebnishaushalts. Und hätte einer uns vor fünf Jahren gesagt, dass wir es schaffen, in so kurzer Zeit so viel von unserem Ergebnishaushalt einzusparen, hätten wir das niemals für möglich gehalten. Das heißt, wir haben hier wahnsinnig viel geleistet in den letzten Jahren, gemeinsam mit der Stadtverwaltung, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft. Wir haben uns allen sehr viel zugemutet, aber wir sehen, dass es trotzdem nicht reicht. Wir haben immer noch ein Defizit von 44 Millionen, und es schlägt natürlich gewaltig durch. Alle Investitionen, die wir tätigen müssen, nahezu alle Investitionen, die wir tätigen müssen, müssen wir kreditbasiert machen, und wir sehen, was passiert mit der Verbindlichkeitsentwicklung. Und das ist eine Spirale, in die wir reinkommen, die sich dann selbst füttert. Wir haben die Zinssteigerung gesehen, und das belastet am Ende dann den Ergebnishaushalt wieder mehr.

Ich bin mir sicher, dass wir noch nicht am Ende sind mit unseren Sparbemühungen hier, allein weil wir gar keine andere Möglichkeit haben, aber ich möchte doch trotzdem nochmal mit ganz großer Klarheit auch den Auftrag an den Gesetzgeber, an Land und Bund weitergeben, denn am Ende des Tages, das Konnexitätsprinzip, wir merken jetzt, was es bedeutet, wenn es nicht eingehalten wird. Und diese massiven Ausgabensteigerungen, die wir zum Teil haben, das sind auch Dinge, die durch das Bundesteilhabegesetz oder durch andere Dinge gekommen sind. Das wissen wir ganz klar. Und das sind Dinge, die wir gerne machen, weil es Menschen sind, für die wir uns gerne einsetzen, aber am Ende des Tages belastet es unseren Haushalt auf unglaubliche Art und Weise. Und nachher, wir reden gleich jetzt unter TOP 6 weiter über den ÖPNV, das ist die nächste Baustelle, wo wir angewiesen sind, dass das Land und dass der Bund neue Regelungen finden, wie sie uns unterstützen können. Und das zeigt dieser Rechnungsabschluss auf sehr schonungslose Art und Weise, aber am Ende des Tages müssen wir wahrscheinlich auch für uns in Karlsruhe Wege finden, wie wir damit umgehen, und gucken, dass wir auch weiterhin dann unsere Hausaufgaben machen.

Stadtrat Seiler (AfD): Der vorliegende Bericht des Rechnungsprüfungsamts zeigt detailliert, klar und unmissverständlich, dass sich die Stadt Karlsruhe immer weiter von einem soliden Wirtschaften entfernt und die bisherigen Entscheidungen des Gemeinderats sehr kritisch zu hinterfragen sind. Also es lohnt sich für jeden von uns, diese 99 Seiten einmal im Detail zu lesen. Da stehen viele kleine Dinge drin, und ich greife nur so ein paar Sachen heraus, die mir aufgefallen sind.

Die Stadt Karlsruhe wird, Zitat, eindringlich dazu aufgefordert, sowohl beim Haushaltsvollzug und als auch der Haushaltsplanung den Schwerpunkt auf die Wiederherstellung der Mindestliquidität zu legen und die Neuverschuldung geringer ausfallen zu lassen, Zitat Ende. Das Gegenteil ist geschehen. Im Doppelhaushalt 26/27 wurde die zulässige Neuverschuldung von maximal 200 Millionen pro Jahr nahezu vollständig ausgeschöpft. Das Rechnungsprüfungsamt verweist auch auf die Ermahnungen in den Berichten der Vorjahre bis zurück ins Jahr 2013, dass Haushaltsüberschüsse zur Teilfinanzierung der Investitionen erforderlich sind, um den Schuldenanstieg zu bremsen. Es zeigt auf, dass, Zitat, für die im Ergebnishaushalt veranschlagten Aufwendungen der Grundsatz der zeitlichen Bindung an das Jahr der Veranschlagung bestehe und nicht verwendete Aufwandsermächtigungen grundsätzlich als eingespart gelten. Dass der Gemeinderat per Offenlegungsbeschluss im Juni 2025 der Übertragung nicht verwendeter Aufwendungen auf das Folgejahr zugestimmt hat, sieht die AfD-Fraktion als berechtigte Kritik an dem gesamten Gemeinderat

und wird sich künftig an den Ausführungen des Rechnungsprüfungsamts orientieren. Das Rechnungsprüfungsamt stellt in Frage, ob Eigenbetriebe generell wirtschaftlicher und flexibler arbeiten können. Vor weiteren Eigenbetriebsgründungen sollten diese vielmehr evaluiert werden. Schließlich weist das Rechnungsprüfungsamt auf die sehr hohe Volatilität der Steuereinnahmen hin. Allein die hohe Schwankungsbreite bei den Gewerbesteuererträgen in den vergangenen Jahren ist hoch riskant. Wir haben zwischen 2021 und 2024 eine Bandbreite von 100 Millionen Euro.

Die AfD-Fraktion bedauert, dass wir erst heute im Januar 2026, ich weiß, wir haben im letzten Januar auch das Vorjahr erst besprochen, erst heute und somit nach den Beratungen zum Doppelhaushalt den geprüften Jahresabschluss für 2024 zur Kenntnis nehmen dürfen. Möglicherweise hätte die Lektüre des Schlussberichts einigen Stadträten, die trotz Bedenken dem Haushalt 26/27 zugestimmt haben, zu denken gegeben.

Stadtrat Dr. Noé (FDP): Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes führt uns erneut vor Augen, wie ernst die Lage ist, und das mit den Zahlen von 2024. Karlsruhe gehört bundesweit zu den Top 5 der am höchsten verschuldeten Städte pro Kopfverschuldung. Und unter den Großstädten von Baden-Württemberg liegen wir gemeinsam mit Ulm auf Platz 1 oder 2. Das ist kein Randdetail, was uns dann ermöglicht, zur Tagesordnung überzugehen, sondern das ist ein klares Warnsignal. Wir haben diskutiert im Haupt- und Finanzausschuss, es gibt auch vermeintlich gute Nachrichten. Unsere Steuerkraft, die ist noch recht solide verglichen mit anderen Gemeinden. Und ja, wir sind geübt in der Haushaltssicherung und stehen damit schlagkräftiger da, wie gar Baden-Baden oder auch Stuttgart. Aber all das ändert nichts am Kernproblem, unsere Schulden steigen nahezu exponentiell, Herr Bettendorf hat es gezeigt.

Die mahnenden Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sind eindeutig, verdienen unseren Respekt, und sie verdienen insbesondere auch Umsetzung. Denn es reicht nicht, diese Hinweise Jahr für Jahr zur Kenntnis zu nehmen und dann zur Tagesordnung überzugehen, denn schönreden hilft nichts, das Zinsniveau wird eher steigen als fallen. Und jetzt zitiere ich mich selbst aus der Haushaltsrede. Wer den Haushalt nicht im Griff hat, verliert am Ende die Freiheit zu gestalten. Das Rechnungsprüfungsamt legt den Finger genau in diese Wunde, dafür, Herr Bettendorf, danken wir ausdrücklich, das ist Ihre Aufgabe. Und klar ist auch, so kann es nicht weitergehen. Wir brauchen strukturelle Veränderungen in der Verwaltung, und wir müssen uns ehrlich fragen, welche freiwilligen Leistungen wir uns dauerhaft leisten können. In den Haushaltsberatungen hat meine FDP/Freie Wähler-Fraktion konkrete Vorschläge zur Konsolidierung und zur Priorisierung gemacht. Das hat leider keine Mehrheit gefunden. Dennoch hat meine Fraktion sich kompromissbereit gezeigt. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir dem Haushalt zugestimmt haben. Wir haben Verantwortung übernommen, aber Kompromissbereitschaft darf keine Einbahnstraße sein. Wir erwarten nun auch Einsicht und Dialogbereitschaft von den anderen Fraktionen, und dazu gehört auch, Abschied zu nehmen von manchen Lieblingsprojekten aus Kultur-, Klima- und Demokratieförderung. Denn eines ist sicher, auch künftige Gemeinderäte wollen, wie wir, auch noch gestalten können. Und dafür brauchen wir eine ehrliche, nachhaltige und vor allem mutige Haushaltspolitik.

Stadtrat Gaukel (Volt): Fast 32, 33 Tage hat es gehalten. So lange mussten wir nicht über den Haushalt reden, jetzt sind wir doch wieder hier, und es sind dann doch die gleichen Debatten, die wir im Dezember schon ausgiebig hatten. Ich will nicht sagen, vielen Dank

für den Bericht, weil auf den Bericht hätten wir, glaube ich, alle lieber verzichtet. Die Zahlen sind dann doch nicht unbedingt das, was man gerne sieht, aber natürlich trotzdem umso wichtiger, dass wir sie hier sehen, von daher vielen Dank für die Arbeit.

Die Stadt Karlsruhe, wir sind in der vierten Haushaltssicherungsstufe. Wir sparen seit Jahren und wurschteln uns dann doch in den Haushalten durch, und es ist immer sehr knapp. Von daher umso wichtiger, dass wir eine gute Prüfung und auch ein sehr gutes Kämmerteam haben. Von daher auch danke an den ganzen Teil der Verwaltung, die dafür sorgt, dass wir überhaupt noch in dem Rahmen durchkommen. Die Zinsen gehen hoch, Sie hatten es sehr passend als Zinswelle beschrieben. Das hatten wir auch in einem unserer Anträge zum Haushalt auch schon drin, nämlich genau diese Fünfjahresfrist, wie hoch die Verschuldung geht und was das dann auch im Ergebnishaushalt mit der Zinslast bedeutet, denn das sind dann am Ende über 30 Millionen, die zu den Einsparungen, die wir sowieso brauchen, noch dazukommen. Von daher, ja, lasst es uns dann auch annehmen. Wir hatten den Aufschlag gemacht, dass wir gerade auch im Investbereich prüfen müssen, was wir reduzieren können und dann nicht alle zusätzlichen Mittel, die wir vom Bund Gott sei Dank in dem Bereich dann bekommen haben, einfach nur benutzen, um dann noch mehr zu machen und die gleiche Verschuldung aufnehmen. Nein, auch hier müssen wir uns anschauen, was können wir wie strecken und wo können wir, auch wenn es weh tut, weniger in den Investhaushalt, aber natürlich auch im Ergebnishaushalt machen, damit wir hier mittel- und vor allem langfristig auch noch im Ergebnisspielraum einen Spielraum haben. Von daher vielen Dank für den Bericht, auch wenn er natürlich nicht sehr schön ist.

Stadträtin Döring (KAL): Herr Bettendorf, vielen Dank für den wie immer sehr erquicklichen Bericht, den wir von Ihnen bekommen. Man könnte immer den Eindruck bekommen, wir wären so pleite wie manche Kommune in NRW oder anderswo. Ich denke, ganz so schlecht geht es der Stadt Karlsruhe dann doch nicht. Sie erwähnten die entsprechenden Vermögenswerte. Für uns steht jetzt auch wenig Überraschendes in dem Bericht drin, und deshalb kann ich auch sagen für uns, wäre der Bericht früher vorgelegen, hätte es auch nichts am Agieren im Haushalt wirklich etwas verändert. Wir kennen die Zahlen oder die erwarteten Zahlen schon eine ganze Weile.

All das entbindet uns nicht von der Aufgabe, vor der wir stehen, dass wir in den nächsten Jahren achtsam mit unserem Haushalt umgehen müssen. Trotzdem würde ich mich auch den Appellen der Kollegen Cremer und Huber anschließen. Für die vielen Aufgaben, die wir vom Gesetzgeber übertragen bekommen, brauchen die Kommunen, und da geht es nicht nur Karlsruhe so, da geht es bundesweit den Kommunen so, eine auskömmliche Finanzierung, und deshalb schließe ich mich da ausdrücklich dem Appell der Kollegen an.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Lieber Herr Bettendorf, es gab Zeiten, da war es gefährlich, schlechte Nachrichten zu bringen. Aber Gott sei Dank leben wir heute in einer anderen Zeit, also Sie müssen nichts befürchten. Also danke schön an dieser Stelle für Ihren Bericht. Ich habe mir schon überlegt, soll ich einfach ins gleiche Horn stoßen. Ja, es ist negativ, es ist problematisch. Wir erwirtschaften nicht einmal unsere Finanzen, unsere Zinsen. Wir haben nicht mal 2024 unsere Zinsen erwirtschaftet. Wir mussten Schulden aufnehmen, um die Zinsen zu bezahlen. Leute, das ist eigentlich schon alarmierend. Also wie locker ihr das nehmt, das verstehe ich nicht ganz. Ich kann eigentlich an Land und Bund appellieren, tue ich auch, aber das müsst zuerst ihr, ihr große Parteien, ihr habt Verantwortung, nicht ich. Also das ist euer Job.

Was mir Sorgen macht, ist das, dass wir in der Tat, und da würde ich schon sagen, wenn wir das ernst nehmen, was gesagt wurde, müssen wir uns anders verhalten, besonders im Investitionsbereich. Wenn wir uns weiterhin mit 200 Millionen Euro pro Jahr mehr verschulden, bedeutet das, dass wir die Zinsen, die fällig werden, aus dem Ergebnishaushalt wieder ausschwitzen müssen. Das heißt, wir können uns jetzt schon überlegen, wie viel Geld wir sparen müssen im nächsten Doppelhaushalt. Das steht schon drin. Also, meine Damen und Herren, wir müssen an der Stelle wirklich, was die Investition betrifft, sehr stark zurücktreten. Und man kann eigentlich darüber jammern, dass wir nicht das schöne Gebäude oder jene schöne Brücke oder jene schöne Investition tun können. Aus meiner Sicht macht das nicht die lebenswerte Stadt aus. Die Stadt ist lebenswert durch die Menschen, wie die das füllen, und nicht unbedingt nur über Gebäude. Ich kenne Länder und Städte, die sind so was von lebenswert, und die haben viel weniger Geld als wir. Deswegen, das ist nicht der Punkt, wenn wir ein bisschen verzichten auf Investitionen. Im Gegenteil, es wird Folgendes, es könnte bewirken, dass wir uns auf andere Werte konzentrieren.

Der Vorsitzende. Vielen Dank, vielleicht noch zwei, drei Bemerkungen. Herr Bettendorf hat dargestellt, dass wir den höchsten Stand an Transferleistungen bis 2024, im Jahr 2024 erreicht haben. Ich gehe davon aus, dass es in den Folgejahren auch weiter zugenommen hat, nämlich 990 Millionen, von 990 Millionen Transferleistungen ist der über-, über-, überwiegende Teil Pflichtleistungen, die wir zu erbringen haben. Wie man dann anschließend dazu kommt, zu sagen, wir hätten ein Ausgabenproblem, ist mir ehrlich gesagt nicht ganz geläufig oder auch nicht ganz nachvollziehbar. Wir haben am Ende ein Ausgabenproblem, weil wir ein Einnahmenproblem haben, das uns im Moment leider kein anderer löst, aber ich fände es doch angemessen, erst einmal festzustellen, und da sind wir im Vergleich mit anderen Städten sehr moderat, dass wir eigentlich auch den Personalaufwuchs immer an dem orientiert haben, was wir an neuen Aufgaben bekommen haben und dann auch umsetzen mussten, außer vielleicht im Bereich der Kindertagesstätten, weil wir da immer sauber auch die Kindertagesstätten neu bestückt haben mit Personal, die aufgebaut worden sind, aber auch das ist nicht nur eine politische, sondern ein Stück weit auch schon fast eine juristische Verpflichtung, hier die entsprechenden Versorgungsquoten herzustellen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir auch 2025 und 2026 wieder einen Defizitplan von 40 bis 50 Millionen haben. Der Vollständigkeit halber sei dazu gesagt, dass man immer die 200 Millionen noch dazu addieren muss, die wir beim Investitionshaushalt an Schulden aufnehmen. Und wenn Sie sich einmal diese Dimension anschauen, dann werde ich mir manche Beiträge heute aufheben im Protokoll und Sie bei der nächsten Haushaltsberatung fragen, wo Sie dann diese 250 Millionen einsparen wollen, damit wir insgesamt einen ausgeglichenen Haushalt kriegen. Ich kann mich nicht an ähnliche Vorschläge aus den letzten Haushaltsdiskussionen erinnern. Und jetzt nehmen Sie mal drei freiwillige Bereiche heraus, wobei man hier über Freiwilligkeit auch schon noch diskutieren kann. Nehmen Sie einmal das Defizit im ÖPNV mit 120 Millionen, das Badische Staatstheater. Sowohl Investitionen als auch Betriebskostenzuschuss sind aufgerundet 50 Millionen, und nehmen Sie 40 Millionen, wobei das auch hochgerechnet aufgerundet ist, für Klimaschutz, dann hätten Sie trotzdem nicht einmal, wenn Sie auf das alles gleichzeitig verzichten wollten, die 250 Millionen erreicht, die wir eigentlich bräuchten, um am Ende wirklich einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Und da merken Sie, dass so wohlfällige Appelle wie, wir müssen bei den freiwilligen Leistungen mal kritisch prüfen und was kürzen, uns noch lange nicht auf die Gewinnerstraße führt, sondern wenn wir hier in absehbarer Zeit keine Neusortierung

der Staatsfinanzen kriegen, dann werden wir das nie im Leben hinbekommen, und das müssen wir einfach an der Stelle ehrlich zugeben. Alles andere klären wir dann bei den nächsten Haushaltsberatungen, und ich befürchte, das wird kommen, wenn wir uns dieses Jahr noch einmal mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre auseinandersetzen müssen. Dann können Sie alle Ihre guten Vorschläge einbringen, die ich vielleicht nicht gehört habe, aber vielleicht lag es auch an mir.

Gut, wir kommen damit zur Feststellung des Jahresabschlusses und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Vielen Dank, das ist eine einstimmige Zustimmung. Vielen herzlichen Dank und noch einmal vielen Dank an Sie, Herr Bettendorf, Ihr Team und alle, die mit Finanzen und für Finanzen in der Verwaltung und in den städtischen Gesellschaften Verantwortung tragen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Februar 2026